

Staatsschulden

GUTE SCHULDEN - SCHLECHTE SCHULDEN

MAGAZIN

Bundeshaushalt & Staatsverschuldung

Kreative Ausarbeitung aktueller
Debatten.

econo_me
Wettbewerb Wirtschaft
und Finanzen 2024/25

Carolin Hölper,
Leonie Kran,
Kristin Hüsken,
Dana Schmidt,
Franka Bechatzek



INHALT

3

Der Bundeshaushalt

Was sind die größten Ausgabenposten? Welche gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Herausforderungen spielen eine Rolle?

9

Für die Geldforscher

Der Staatshaushalt in Kinderperspektive.

10

Staatsverschuldung

Ausweitung der Staatsverschuldung oder "Lockerung" der Schuldenbremse?

12

Generationengerechtigkeit

Welche langfristigen Folgen hat eine hohe Staatsverschuldung für zukünftige Generationen?

14

Rätsel rund um die Staatsverschuldung

Schulden spielerisch im Blick.

15

Brand aktuell

Entlassung Lindners - welchen Einfluss haben die aktuellen politischen Veränderungen auf den Staatshaushalt?

17

Auswertung

Finale Bewertung der Schuldenfrage.





Abb. Von ChatGPT ("Bitte erstelle ein abstraktes Bild zum Thema Staatsschulden-gute Schulden schlechte Schulden für den Auftakt eines Magazins im DIN A4 Format") - 26.11.2024

VORWORT

Liebe Leserinnen und Leser,

Schulden – ein Thema, das oft kontrovers diskutiert wird. Doch was steckt eigentlich dahinter? Sind Schulden immer etwas Negatives, oder gibt es auch sogenannte "gute Schulden"? Und was unterscheidet private Schulden von Staatsschulden?

In diesem Magazin möchten wir Licht ins Dunkel bringen und die vielschichtigen Aspekte von Schulden beleuchten. Gemeinsam mit euch werfen wir einen Blick darauf, wie Schulden entstehen, welche Auswirkungen sie haben und warum sie nicht immer nur eine Belastung darstellen. Besonders spannend ist die Frage, ob und wie Staatsschulden dazu beitragen können, in die Zukunft zu investieren – etwa in Bildung, Infrastruktur oder den Klimaschutz.

Dieser Schülerwettbewerb ist eine Gelegenheit, das Thema aus neuen Perspektiven zu betrachten und kreative Ideen einzubringen.

Viel Spaß beim Lesen und Nachdenken!

Euer Redaktionsteam - die Magaziner

DER BUNDESHAUSHALT

Welche gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Herausforderungen führen zu hohen staatlichen Ausgaben?

In vielen Ländern sind hohe staatliche Ausgaben aufgrund von gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Herausforderungen, die dann oftmals zur Verschuldung führen, ein signifikantes Thema. Dass das Thema Investitionen und Schulden mehr als aktuell ist, hat sich nicht zuletzt an der Auflösung der Ampelkoalition aufgrund des Streitpunktes der Schuldenbremse gezeigt. Doch warum ist es dennoch wichtig Schulden aufzunehmen, um gesellschaftliche und wirtschaftliche Herausforderungen zu bewältigen? Genau diese Aspekte sollen in diesem Artikel beleuchtet werden.

Eine der größten Herausforderungen sei wohl der Klimawandel und Umweltschutz. „Die angestrebte Umstellung auf eine CO₂-freie Energieversorgung wird zumindest für einen längeren Übergangszeitraum kostspielig sein.“, so Dr. Joachim Nagel, Präsident der Deutschen Bundesbank [1]. Eine im Auftrag der KfW durchgeführte Studie rechne mit etwa fünf Billionen Euro [2], eine McKinsey-Studie komme sogar auf sechs Billionen Euro [3], die benötigt werden würden, um bis zur Mitte dieses Jahrhunderts die Net-Zero-Ziele in Deutschland zu erreichen.

Aber auch die Digitalisierung bringe trotz ihrer großen Chance einige Herausforderung mit sich. Sie erfordere viele Investitionen, ganz abgesehen von den Schulungen, dem Überdenken von Abläufen und Geschäftsfeldern.

Hinzu kommen weitere Herausforderungen wie das Verringern einseitiger Abhängigkeiten von Importen, eine Fragmentierung des internationalen Handels oder der demographische Wandel.[4]

Neben den wirtschaftlichen Herausforderungen gibt es noch zahlreiche gesellschaftliche Herausforderungen, die Investitionen erfordern.

Es bestehe ein großer Bedarf in eine bessere Bildung zu investieren. Auf Basis eigener Studien und wissenschaftlicher Untersuchungen anderer Institute



Eigene Abbildung, inhaltliche Quelle:

https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Oeffentliche_Finanzen/Bundeshaushalt/so-entsteht-der-bundeshaushalt.html

rechnen IMK (Institut für Mikroökonomie und Konjunkturforschung) und IW (Institut der deutschen Wirtschaft) mit einem Investitionsbedarf von 109 Milliarden Euro in eine bessere Bildung. Die Forschung und Entwicklung müsse gefördert werden. [5] Aber es müsse auch dringend in das Gesundheitswesen investiert werden, um die angespannte Finanzlage dort zu mildern, so die Vorsitzende des Marburger Bundes, Frau Dr. Susanne Johna. Johna macht deutlich, dass es an vielen Stellen mangle, wie dem Personal, einer modernen Ausstattung oder einer digitalen Infrastruktur. Sie betont, dass gerade nochmal die Corona-Pandemie gezeigt habe, dass unser Gesundheitssystem nicht krisenfest sei. [6] Neben Frau Dr. Johnas' Forderung nach einer Investition in das Gesundheitswesen, müsse auch in viele andere Bereiche, wie Migration und Integration oder soziale Ungleichheit investiert werden.

von Dana Schmidt

Quellen:

2. 3. 4. 5. 1. <https://www.bundesbank.de/de/presse/reden/deutsche-wirtschaft-herausforderungen-meistern-940908>; zuletzt aufgerufen 08.11.2024; vgl. ebd., zitiert nach: Brand, S., Römer, D. und M. Schwarz (2021), 5 Bio. EUR klimafreundlich investieren – eine leistbare Herausforderung, KfW Research Nr. 350, zuletzt aufgerufen 08.11.2024; vgl. ebd., zitiert nach: McKinsey & Company (2021), Net-Zero Deutschland: Chancen und Herausforderungen auf dem Weg zur Klimaneutralität bis 2045; zuletzt aufgerufen 08.11.2024; vgl. ebd., zuletzt aufgerufen 08.11.2024; <https://www.boeckler.de/de/boeckler-impuls-investitionen-in-infrastruktur-bildung-wohnen-18774.htm>, zuletzt aufgerufen 08.11.2024; 6. vgl. <https://www.marburgerbund.de/bundesverband/pressemitteilung/gesundheitswesen-braucht-staatliche-investitionen>, zuletzt aufgerufen 08.11.2024

Bundeshaushalt 2025

Geplante Ausgaben im Bundeshaushalt nach Ministerium (in Tausend Euro)

	Betrag (in Tausend Euro)	Anteil (in %)	Veränderung ggü. Vorjahr (in %)
Bundesministerium für Arbeit und Soziales	179.257.094	36,69	4,4
Bundesministerium der Verteidigung	53.250.000	10,9	2,7
Bundesministerium für Digitales und Verkehr	49.667.947	10,17	28,34
Allgemeine Finanzverwaltung	46.170.579	9,45	19,47
Bundesschuld	33.216.446	6,8	-16,06
Bundesministerium für Bildung und Forschung	22.318.939	4,57	9,94
Bundesministerium für Gesundheit	16.439.088	3,36	1,47
Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	14.443.101	2,96	7,78
Bundesministerium des Innern und für Heimat	13.748.181	2,81	6,57
Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	10.280.316	2,1	-10,6
Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz	10.257.525	2,1	-6,7
Bundesministerium der Finanzen	10.140.929	2,08	4,5
Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen	7.422.466	1,52	6
Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft	6.862.256	1,4	0,9
Auswärtiges Amt	5.871.239	1,2	-5,3
Bundeskanzler und Bundeskanzleramt	3.918.537	0,8	5,9
Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz	2.650.765	0,54	10,4
Deutscher Bundestag	1.252.969	0,26	1,05
Bundesministerium für Justiz	1.042.494	0,21	4,2
Bundesrechnungshof	197.557	0,04	2,9
Bundespräsident und Bundespräsidialamt	58.392	0,01	23,99
Die Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit	47.161	0,01	3,8
Bundesverfassungsgericht	43.469	0,01	5,2
Bundesrat	39.370	0,01	2,8
Unabhängiger Kontrollrat	12.300	0	11,81

Gesamtbetrag in Tausend Euro 488.609.120

Grafik: Franka Bechatzek • Quelle: Bundesministerium der Finanzen • Daten herunterladen • Einbetten • Grafik herunterladen • Erstellt mit Datawrapper

Was sind Gute, was sind schlechte Schulden?

Zu der Definition von guten und schlechten Schulden gehen die Meinungen auseinander, manche unterscheiden sie gar nicht erst. Oft kann man auch erst nach einer Investition sagen, ob es sich gut oder schlecht auszahlt. Dennoch werden hier Definitionen aufgeführt, wobei die Beispiele von manchen auch anders eingestuft werden könnten.

Gute Schulden: gute Schulden sind solche, die kurz- oder langfristig zu mehr Geld führen, also Investitionen, auch Investitionsschulden genannt. Das ausgegebene Geld bekommt man durch die Investition auf unterschiedlichen Wegen zurück.

Im Fall einer Privatperson könnte es zum Beispiel sein, das man Schulden für ein Haus aufnimmt und es später an Wert gewinnt, oder im Fall des Staates, wenn er in Bildung investiert und es dann später durch mehr höher qualifizierte Arbeiter eine bessere Wirtschaft gibt.

Schlechte Schulden: schlechte Schulden sind solche, wo das Geld nicht durch die Ausgabe zurückkommt, es gibt keinen erkennbaren Mehrwert. Diese Art von Schulden nennt man auch Konsumschulden. Im Fall einer Privatperson könnte es zum Beispiel sein, das man sich Geld leiht um sich einen Fernseher zu kaufen, oder im Fall des Staates, das er sich Geld leiht um etwas zu bauen, was dann später nicht mehr genutzt wird (z. B. Olympiastadien, Geisterflughäfen).

Von Kristin Hüsken

Quellen:

<https://www.ardaudiothek.de/episode/interview/frat-zscher-es-gibt-gute-schulden-und-schlechte-schulden/ndr-info/13529025/> (24.11.2024, 14:31)

<https://www.deutsche-bank.de/ms/results-finanzwissen-fuer-unternehmen/finanzierung/07-2022-gute-schulden-schlechte-schulden.html> (24.11.24 15:17)

Auswirkungen von Staatsausgaben auf die des Bundeshaushalts in Deutschland

Die Gestaltung der öffentlichen Ausgabenpolitik ist in Deutschland seit Jahrzehnten ein zentrales Thema, das sowohl für die Stabilität des Bundeshaushalts als auch für die finanzielle Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft entscheidend ist. Die Ausgaben des Staates müssen dabei eine Balance finden: Sie sollen einerseits kurzfristig konjunkturelle Stabilität gewährleisten, andererseits langfristig nachhaltiges Wachstum und soziale Sicherung fördern. Dieser Artikel analysiert die wichtigsten Auswirkungen der Staatsausgaben auf die Haushaltsplanung und die Stabilität des Bundeshaushalts in Deutschland.

a) Struktur der Staatsausgaben und ihre unmittelbaren Wirkungen auf die Haushaltsplanung

In Deutschland lassen sich Staatsausgaben in konsumtive und investive Ausgaben unterteilen. Konsumtive Ausgaben umfassen die laufenden Kosten der staatlichen Verwaltung und des Sozialtransfers, während investive Ausgaben gezielt in langfristige Projekte wie Bildung, Infrastruktur oder Forschung fließen.

Konsumtive Ausgaben, insbesondere Sozialtransfers wie Renten, Arbeitslosengeld und Gesundheitskosten, machen einen erheblichen Teil des Bundeshaushalts aus. Diese Ausgaben haben eine unmittelbar stabilisierende Wirkung auf die Konjunktur, da sie die Nachfrage auch in wirtschaftlich schwachen Phasen unterstützen. Jedoch tragen konsumtive Ausgaben in der Regel nur wenig zur langfristigen Produktivitätssteigerung bei. In den letzten Jahrzehnten ist der Anteil dieser Ausgaben am Haushalt stark gewachsen, insbesondere aufgrund der demografischen Entwicklung und der damit verbundenen Zunahme der Sozialausgaben. Die Bundesrepublik Deutschland gibt derzeit rund 30 Prozent des Bundeshaushalts für Sozialleistungen aus, was auf Dauer die Flexibilität bei der Haushaltsplanung erheblich einschränken könnte (Quelle [1]: Bundesministerium der Finanzen).

Investive Ausgaben haben hingegen das Potenzial, die wirtschaftliche Basis langfristig zu stärken und somit die Steuerbasis zu erweitern. Die Bundesregierung investiert gezielt in Bereiche wie Bildung und Infrastruktur, um langfristig die Produktivität zu erhöhen und das Wirtschaftswachstum zu fördern. Der Anteil der investiven Ausgaben am Gesamtbudget ist jedoch im internationalen Vergleich gering und wurde in den letzten Jahren oft zugunsten kurzfristiger Sparmaßnahmen gekürzt. Dies ist ein häufig diskutiertes Problem, da eine

Kürzung investiver Ausgaben das langfristige Wachstumspotenzial der deutschen Wirtschaft einschränken kann (Quelle [2]: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, DIW).

b) Langfristige Auswirkungen auf die finanzielle Stabilität des Bundeshaushalts

Die verschiedenen Arten von Staatsausgaben haben langfristig entscheidenden Einfluss auf die finanzielle Stabilität des Bundeshaushalts. Seit 2009 schreibt die sogenannte Schuldenbremse im Grundgesetz eine Begrenzung der Neuverschuldung vor, um die finanzielle Nachhaltigkeit zu gewährleisten und die Staatsverschuldung zu kontrollieren. Durch die Schuldenbremse kann die Bundesregierung nur in wirtschaftlich besonders schwierigen Zeiten, wie etwa während der COVID-19-Pandemie, eine höhere Verschuldung eingehen. Diese Regelung ist ein wichtiges Instrument zur Sicherstellung der langfristigen Haushaltsstabilität (Quelle [1]: Bundesministerium der Finanzen).

Insbesondere Sozialausgaben, die nicht produktivitätsfördernd wirken, bergen das Risiko, die langfristige Tragfähigkeit des Haushalts zu beeinträchtigen. Die demografische Alterung in Deutschland führt dazu, dass die Zahl der Empfänger von Sozialleistungen, insbesondere Renten und Gesundheitsleistungen, stetig steigt, während die Zahl der Beitragszahler abnimmt. Diese Entwicklung könnte mittelfristig die finanzielle Stabilität des Haushalts gefährden, da ein wachsender Teil der Steuereinnahmen für die Deckung von Sozialkosten aufgewendet werden muss (Quelle [3]: Statistisches Bundesamt).

Investive Ausgaben hingegen tragen zur wirtschaftlichen Stabilität bei, indem sie das Wachstumspotenzial und die Steuerbasis der Zukunft sichern. Ausgaben für Bildung und Infrastruktur erhöhen die Effizienz der Wirtschaft und schaffen eine Basis für künftige Einnahmen. Studien zeigen, dass eine nachhaltige Investitionspolitik, wie sie derzeit vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) verfolgt wird, langfristig die Haushaltsstabilität stärkt und zugleich die deutsche Wettbewerbsfähigkeit sichert (Quelle [4]: ifo Institut).

c) Konjunkturelle und strukturelle Defizite: Herausforderungen für die Haushaltsplanung

Haushaltsplanung und die Stabilität

Ein zentrales Problem für die Haushaltsplanung ist die Differenzierung zwischen konjunkturellen und strukturellen Defiziten. Ein konjunkturelles Defizit entsteht in wirtschaftlich schwachen Phasen, wenn die Staatseinnahmen sinken und die Ausgaben für Sozialleistungen steigen. Solche Defizite lassen sich in wirtschaftlich besseren Zeiten in der Regel wieder abbauen. Ein strukturelles Defizit hingegen besteht unabhängig von der Konjunktur und entsteht, wenn die laufenden Ausgaben dauerhaft die Einnahmen übersteigen. Strukturelle Defizite sind besonders problematisch, da sie auf eine dauerhaft unausgeglichene Haushaltsstruktur hinweisen und die Verschuldung langfristig erhöhen.

In Deutschland zeigen sich in den letzten Jahren vor allem im Bereich der Sozialausgaben strukturelle Defizite. Aufgrund der Alterung der Bevölkerung und steigender Gesundheitskosten wächst der Anteil der Sozialausgaben kontinuierlich, was die Finanzierungsbasis des Bundeshaushalts belastet. Diese langfristige Entwicklung führt zu einer schleichenden Erosion der finanziellen Stabilität, da die Sozialausgaben künftig voraussichtlich weiter steigen werden (Quelle [5]: OECD).

Um die strukturellen Defizite zu reduzieren und die finanzielle Stabilität zu sichern, könnte eine Reform des Renten- und Gesundheitssystems notwendig sein. Die Rentenpolitik in Deutschland steht bereits seit einigen Jahren zur Debatte, da alternative Finanzierungsmodelle und die Erhöhung des Renteneintrittsalters als mögliche Maßnahmen zur Begrenzung der langfristigen Kosten diskutiert werden (Quelle [6]: Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung).

d) Reformansätze und Strategien zur Stabilisierung des Bundeshaushalts

Um die Stabilität des Bundeshaushalts langfristig zu sichern, sind verschiedene Reformansätze und Strategien erforderlich. Eine strikte Begrenzung der konsumtiven Ausgaben und eine Effizienzsteigerung in der öffentlichen Verwaltung könnten dazu beitragen, die Belastung des Haushalts zu verringern, ohne notwendige Investitionen zu kürzen. Insbesondere im Bereich der Verwaltungsausgaben gibt es Studien zufolge noch erhebliche Einsparpotenziale, die die haushaltsmäßige Flexibilität erhöhen könnten (Quelle [7]: Deutsche Bundesbank).

Zielgerichtete Investitionen in Bildung, Forschung und Infrastruktur sind ebenfalls ein zentraler Bestandteil einer langfristig orientierten Finanzpolitik.

Diese Bereiche sichern das Wachstumspotenzial der deutschen Wirtschaft und fördern die zukünftige Steuerbasis. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) setzt daher verstärkt auf Investitionen, die eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung begünstigen. Experten empfehlen, diesen Kurs weiterzuverfolgen und Investitionen nicht zugunsten kurzfristiger Konsumausgaben zu kürzen (Quelle [4]: ifo Institut).

Zusätzlich sind Maßnahmen wie die Schuldenbremse essenziell, um die finanzielle Disziplin zu sichern. Trotz der Pandemiebedingten Ausnahmen zeigt sich, dass die Schuldenbremse langfristig zu einer Reduktion der Staatsverschuldung beitragen und die finanzielle Stabilität erhöhen kann. Durch diese Regelung wird die Möglichkeit eingeschränkt, laufende Ausgaben über neue Schulden zu finanzieren, was die Finanzplanung nachhaltiger und zukunftssicherer macht.

Von Franka Bechatzek

[1] Bundesministerium der Finanzen (BMF), "Bundeshaushalt 2023 – Übersicht und Erläuterungen," abrufbar unter <https://www.bundesfinanzministerium.de>. | [2] Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), "Staatliche Investitionen und Wachstumsförderung," veröffentlicht in DIW-Wochenbericht, abrufbar unter <https://www.diw.de>. | [3] Statistisches Bundesamt, "Demografischer Wandel und Sozialausgaben," abrufbar unter <https://www.destatis.de>. | [4] ifo Institut, "Investitionen und langfristige Stabilität des Bundeshaushalts," abrufbar unter <https://www.ifo.de>. | [5] OECD, "Economic Policy Reforms: Going for Growth," mit regelmäßigen Berichten zur Finanzstabilität und Haushaltsplanung, abrufbar unter <https://www.oecd.org>. | [6] Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, "Jahresgutachten 2022/23: Herausforderungen für den Bundeshaushalt," abrufbar unter <https://www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de>. | [7] Deutsche Bundesbank, "Öffentliche Finanzen und Haushaltskonsolidierung in Deutschland," abrufbar unter <https://www.bundesbank.de>.

Arten von Staatsausgaben

konsumtive Ausgaben

- Sozialtransfers
- Renten, Gesundheit

investive Ausgaben

- Bildung & Forschung
- Infrastruktur

Haushaltsplanung

Auswirkungen:

- kurzfristige Stabilität
- langfristige Belastung durch Sozialausgaben
- Investitionen fördern Wachstum

Langfristige Stabilität

Einflussfaktoren:

- Schuldenbremse
- Reformen im Sozialwesen
- Effizienz in Verwaltung
- Zielgerichtete Investitionen

Staatsverschuldung im Generationenvergleich: Umfrageergebnisse *

Zu diesem und weiteren Themen haben wir auch die Bundestagsabgeordnete Anne Monika Spallek und Dr. Andreas Mitschke, ein Referent des Haushaltsausschusses im Bundestag, befragt. Die ausführlichen Antworten finden Sie unter folgendem Qr-Code:



Alternativer Link:
<https://free.qr1.at/1/mediaf=3ce7a460ecad87377d4cbdcdaf5b63e9>

In unserer Umfrage haben wir untersucht, in welche Bereiche die verschiedenen Generationen staatliche Investitionen bevorzugt lenken würden. Ziel war es, herauszufinden, wie Prioritäten in einer von wachsender Staatsverschuldung geprägten Zeit unterschiedlich wahrgenommen werden. Wir haben Menschen verschiedener Generationen befragt – von den Babyboomern bis hin zur Generation Alpha. Jeder Teilnehmer konnte aus einer Liste von Investitionsbereichen bis zu drei Prioritäten wählen, in die sie oder er staatliche Mittel am liebsten lenken würde. Ziel war es, generationenspezifische Unterschiede in den Investitionswünschen herauszuarbeiten und ein klares Bild der gesellschaftlichen Erwartungen an die Politik zu zeichnen.

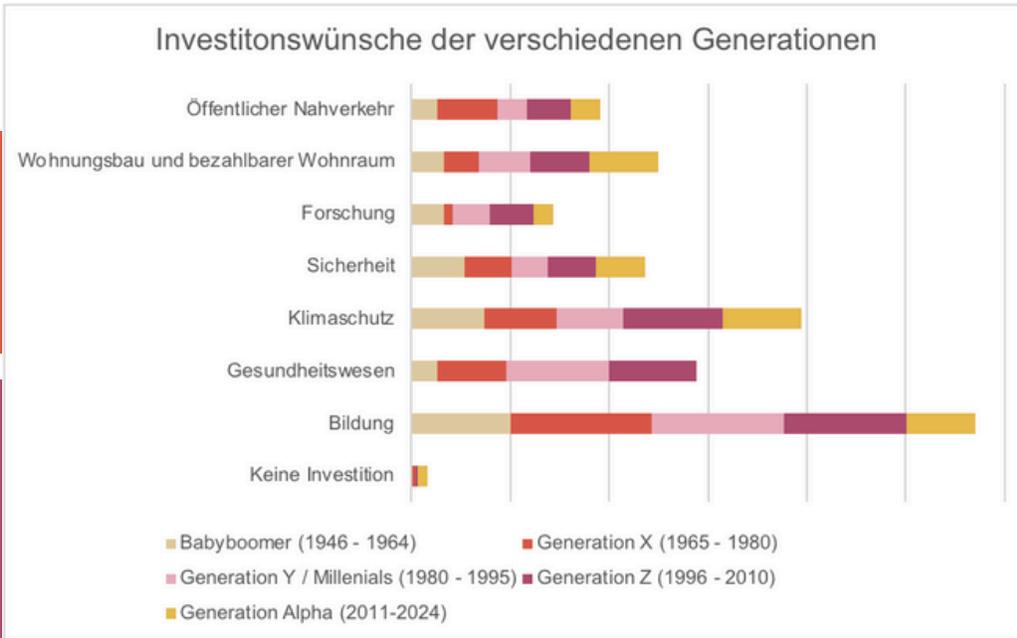
Auswertung auf einen Blick:

Gesundheitswesen als Dauerbrenner: Die Babyboomer (1946 - 1964) und Generation X (1965 - 1980) setzen auf Sicherheit und Gesundheit – kein Wunder, diese Generationen wissen, wie wichtig stabile Systeme sind.

Klimaschutz im Aufwind: Millenials (1980 - 1995), Generation Z (1996 - 2010) und Generation Alpha (2011 - 2024) machen klar, was sie wollen: grüne Politik und Zukunftsfähigkeit! Je jünger die Generation, desto lauter der Ruf nach mehr Klimainvestition.

Wohnraum als Schmerzpunkt: Bezahlbarer Wohnraum ist das große Thema der Millennials. Zwischen steigenden Mieten und Wohnraumknappheit verlangen sie klare politische Maßnahmen.

Bildung – ein Generationenvertrag: Bildung ist das verbindende Element. Alle Generationen, besonders aber Generation Z und Alpha, fordern Investitionen in Wissen und Fortschritt. Das ist ein klares Signal: Die Zukunft soll smarter werden.



Überraschung bei der Forschung: Während ältere Generationen Forschung kaum priorisieren, zeigen die Jüngeren hier mehr Interesse. Generation Z denkt langfristig – Innovationen für eine bessere Welt sind gefragt.

Die Botschaft: Jüngere Generationen drängen auf Wandel und Nachhaltigkeit, während die Älteren Stabilität priorisieren. Politiker müssen genau abwägen – die Prioritäten sind so unterschiedlich wie die Generationen selbst.

*Teile der Umfrageergebnisse finden sich erst auf den folgenden Seiten.



FÜR
DIE

Geldforscher

Schuldi und das Geheimnis des Bundeshaushalts

Schuldi war ein kleiner Junge, der immer ein Abenteuer suchte. Eines Tages fand er eine geheimnisvolle Karte, die ihn tief in den Wald führte. Am Ende des Weges stand ein riesiges, magisches Tor mit der Aufschrift „Bundeshaushalt“. Neugierig trat Schuldi ein und fand sich in einer riesigen Halle wieder, wo goldene Zahlen über den Wänden schwebten.

Plötzlich tauchte ein freundlicher Drache namens Steuerdrachi auf. „Willkommen, Schuldi! Hier wird das Geld für das Land verwaltet“, sagte der Drache. „Doch Vorsicht! Ein riesiger Berg von Schulden liegt im Zentrum! Wenn er wächst, könnte das ganze Land in Gefahr geraten!“

Schuldi und Steuerdrachi mussten nun zusammenarbeiten, um den Berg zu verkleinern. Mit jeder richtigen Entscheidung, wie das Geld sinnvoll auszugeben und einzusparen, schrumpfte der Berg ein Stück. Doch als Schuldi eine falsche Wahl traf, wuchs er ein wenig wieder!

Am Ende des Tages hatte Schuldi gelernt, wie wichtig es ist, das Geld klug zu verwenden. Der Berg der Schulden war zwar noch nicht ganz verschwunden, aber er war kleiner geworden – und das Land konnte wieder aufatmen.

Schuldi sprang glücklich aus dem magischen Tor. „Ich werde noch viel mehr über den Bundeshaushalt lernen!“, dachte er sich. Und so endete sein aufregendes Abenteuer.

Kinderfragen beantwortet

Was sind eigentlich Staatsschulden?

Staatsschulden sind Geld, das ein Land sich geliehen hat, weil es mehr ausgeben musste, als es eingenommen hat. So wie du dir Geld von deinen Eltern leihen würdest, wenn dein Taschengeld für ein Spielzeug nicht reicht.

Was passiert, wenn ein Staat Schulden hat?

Der Staat muss dann jeden Monat Geld für die Zinsen zahlen, also eine Art „Leihgebühr“. Das ist so ähnlich wie bei einem Buch aus der Bücherei, nur teurer. Aber: Solange der Staat klug mit Geld umgeht, ist das nicht schlimm.

Von wem leiht der Staats sich das Geld?

Der Staat leiht sich Geld von Banken, anderen Ländern oder von Menschen, die sogenannte Staatsanleihen kaufen.

Warum können Länder Schulden machen, aber wir nicht einfach Geld drucken?

Wenn der Staat zu viel Geld druckt, wird alles teurer. Das nennt man Inflation. Dann könntest du dir von deinem Taschengeld plötzlich weniger kaufen – und das wäre unfair.



Rätselspaß



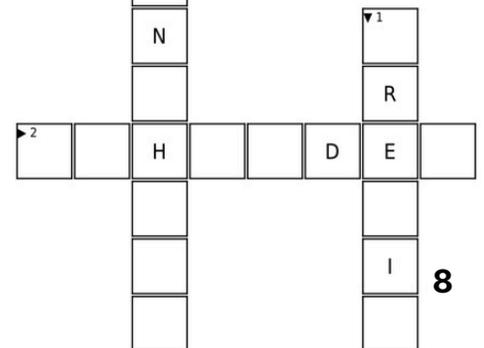
Lösungshinweise:

Horizontal ▶

- (2) Wenn ein Land mehr Geld ausgibt, als es einnimmt, entstehen...
- (4) Ein Land, das Schulden hat, muss ... zahlen.

Vertikal ▼

- (1) Ein anderes Wort für Geld leihen?
- (3) Der Teil des Geldes, das ein Land verdient, nennt man...



Wie definieren Sie die Schuldenbremse, und welche Ziele sollen damit erreicht werden?

Nach der jetzigen Regelung der Schuldenbremse darf der Bund maximal 0,35 Prozent der Wirtschaftsleistung im Jahr als neue Schulden aufnehmen. Bei einem wirtschaftlichen Abschwung erhöht sich diese Grenze etwas. Im Fall eines Aufschwungs kann sie geringer ausfallen. In einer außergewöhnlichen Notsituation kann die Regelung ausgesetzt werden. Die Länder dürfen ab 2020 keine neuen Schulden mehr machen.

Ziel der Schuldenbremse ist, zu kontrollieren, dass der Staat nicht zu viel Geld zulasten zukünftiger Generationen ausgibt. [...]

Antwort der Bundestagsabgeordneten Anne Monika Spallek von den Grünen (11.12.2024)

DIE SCHULDEN BREMSE

im Diskurs

1 Die Schuldenbremse als politischer Zankapfel

Die Schuldenbremse sorgt für politischen Konflikt: Einerseits schützt sie vor übermäßiger Verschuldung, andererseits wird sie als Hindernis für notwendige Investitionen kritisiert.



Karikaturen von Kostas Koufogiorgos

2 Risiko der Vernachlässigung von Investitionen

Strenge Haushaltsdisziplin kann dazu führen, dass wichtige Zukunftsprojekte wie Infrastruktur oder Klimaschutz nicht rechtzeitig umgesetzt werden und langfristig höhere Kosten verursachen.



3 Herausforderungen in einer globalisierten Welt

Länder ohne Schuldenbremse investieren oft mehr in ihre Zukunft. Deutschland muss abwägen, wie es dennoch wettbewerbsfähig bleibt.

Schuldenbremse: Flexibilität oder Risiko?

Die Diskussion über die Schuldenbremse in Deutschland ist hitzig. Einige befürworten eine Lockerung, um mehr in Zukunftsinvestitionen zu stecken, während andere eine strikte Haushaltsdisziplin wahren wollen. In diesem fiktiven Gespräch zwischen Sofie Sparstrikt und Theo Talerflow geht es um die Frage, ob eine Lockerung der Schuldenbremse notwendig ist, um den Herausforderungen der Zukunft zu begegnen, oder ob sie eine Gefahr für die wirtschaftliche Stabilität darstellt.

Sofie Sparstrikt: Also Theo, du redest viel über notwendige Investitionen, aber ich frage mich, warum wir das unbedingt durch eine Lockerung der Schuldenbremse erreichen müssen. Wir haben doch klare Regeln, um sicherzustellen, dass wir nicht über unsere Verhältnisse leben und die nächsten Generationen nicht für unsere Schulden aufkommen müssen. Warum nicht bei der bisherigen Linie bleiben?

Theo Talerflow: Klar, Sofie, aber die aktuellen Regeln der Schuldenbremse hindern uns daran, richtig in die Zukunft zu investieren. Unsere Infrastruktur ist veraltet, Schulen bröckeln, und der Klimawandel fordert massive Umstellungen. Wenn wir diese Probleme nicht jetzt anpacken, zahlen wir in der Zukunft noch viel mehr dafür. Es geht nicht darum, einfach mehr Schulden zu machen, sondern darum, sinnvoll in Dinge zu investieren, die langfristig einen Nutzen bringen. Und da bin ich ganz bei Monika Spallek von den Grünen, die eine Modernisierung fordert, damit wir gezielt investieren können, ohne die Schulden zu verschleudern.

Sofie Sparstrikt: Aber genau das ist mein Punkt! Wir müssen genau abwägen, was wirklich wichtig ist. Sonst laufen wir Gefahr, dass die Schulden aus dem Ruder laufen und die wirtschaftliche Stabilität gefährdet wird. Spallek sagt zwar, dass man in Infrastruktur investieren muss, aber was ist mit den Risiken? Was, wenn die Schulden in Krisenzeiten plötzlich explodieren?

Theo Talerflow: Es geht nicht um unkontrollierte Verschuldung, Sofie. Es geht darum, gezielt in Dinge zu investieren, die uns langfristig voranbringen. Du hast doch auch gesagt, dass die Infrastruktur marode ist – was kostet es uns, wenn Straßen und Brücken zusammenbrechen oder unser Bildungssystem nicht mehr konkurrenzfähig ist? Das sind Schulden, die wir der nächsten Generation aufbürden, wenn wir jetzt nicht handeln. Es ist wie eine Investition in den Haushalt – mit einem klaren Plan.

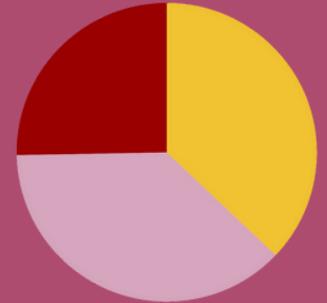
Sofie Sparstrikt: Aber wie stellst du sicher, dass diese Investitionen nicht in den falschen Bereichen landen? Wer entscheidet, was wirklich wichtig ist? Es gibt genug Beispiele, bei denen von “Investitionen” gesprochen wird, die sich später als Fehlinvestitionen herausgestellt haben.

Theo Talerflow: Genau deswegen brauchen wir klare Kriterien, Sofie. Nur Investitionen, die langfristig Vermögen schaffen, sollten über Schulden finanziert werden – zum Beispiel in Bildung oder digitale Infrastruktur. So wie Spallek auch vorschlägt. Und es gibt ja bereits Ausnahmeregelungen, wie bei Krisenzeiten, die dann mehr Spielraum schaffen. Aber wir müssen verhindern, dass die Schulden nur für kurzfristige, nicht nachhaltige Projekte verschwendet werden.

Sofie Sparstrikt: Ja, aber das setzt voraus, dass die Politik nicht in Versuchung gerät, “Investitionen” zu tätigen, die letztlich nur den laufenden Betrieb finanzieren. Wir müssen sicherstellen, dass wir diese Schuldenbremse nicht nur als Schlupfloch für mehr Ausgaben nutzen, sondern als Schutz für die Zukunft.

Theo Talerflow: Ich stimme dir zu, dass wir vorsichtig sein müssen. Aber ohne Flexibilität bei der Schuldenbremse sind wir handlungsunfähig, wenn wir uns wirklich auf die großen Herausforderungen einstellen wollen. Ein bisschen mehr Raum für Investitionen ist notwendig, um das Wohlstandsniveau der nächsten Generation zu sichern.

Umfrage: sollte die Schuldenbremse gelockert werden?

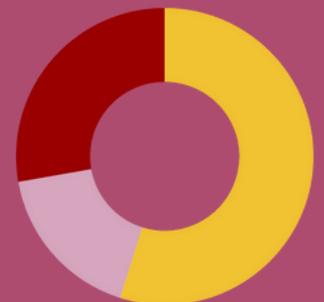


Unsicher / keine Meinung
25,3%

Ja - 37,1%

Nein - 37,6%

Umfrage: sollte die Schuldenbremse für Investitionen, die langfristig gewinnbringend sein könnten, ausgesetzt werden?



Unsicher / keine Meinung
27,8%

Ja - 54,8%

Nein - 17,4%

Quellen der Doppelseite:

- Interviews mit Anne Monika Spallek und
- <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2019/kw50-de-schuldenbremse-670560>
- eigene Umfrageergebnisse

GENERATIONENGERECHTIGKEIT

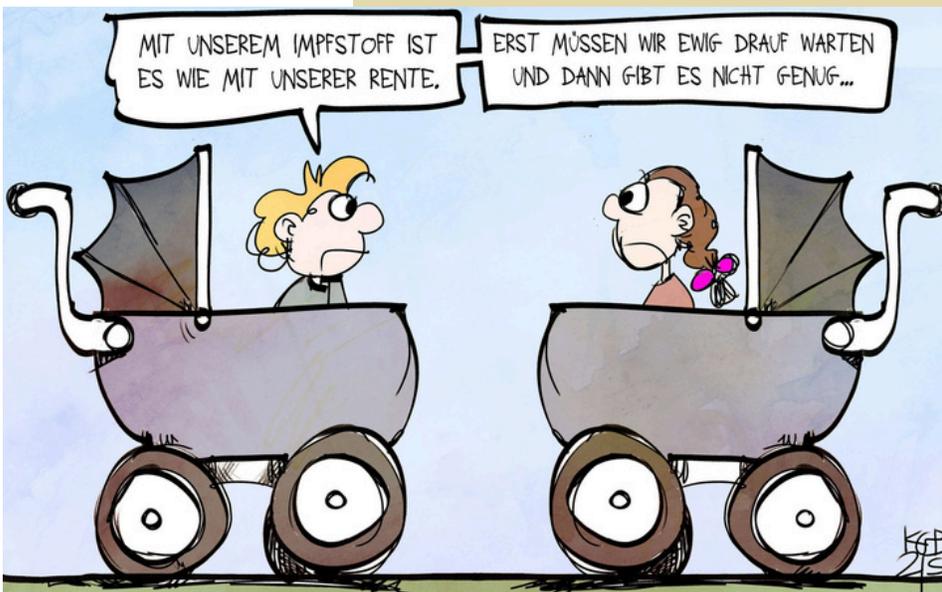
Wörterbuch

Definitionen von den Magazinern • weitere Informationen

Ge•ne•ra•tio•nen•ge•rech•tig•keit im Zu•sam•men•hang der Staats•ver•schul•dung

Synonyme Generationengerechtigkeit: Enkelgerechtigkeit, intergenerative Gerechtigkeit [1]

Bedeutung: Die zu tragenden gesellschaftlichen Lasten (z.B. die Staatsverschuldung) zwischen den Generationen gerecht auszugleichen.[2]



Staatsschulden belasten zukünftige Generationen, jedoch weniger stark als oft befürchtet. Anders als private Schulden sind staatliche Schulden nicht direkt vergleichbar, da der Staat sie aufnimmt, ohne sie zwingend vollständig zurückzahlen zu müssen.

Quellen Definition:

1. vgl. <https://de.wikipedia.org/wiki/Generationengerechtigkeit#:~:text=Der%20Begriff%20Generationengerechtigkeit%2C%20auch%20Elterngerechtigkeit,sich%20auf%20kommende%20Generationen%20auswirken.,zuletzt%20aufgerufen%20am%2013.11.2024>
2. vgl. <https://www.duden.de/rechtschreibung/Generationengerechtigkeit,zuletzt%20aufgerufen%20am%2013.11.2024>

Quellen (24.11.24):

1. <https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/vertrag-maastricht-30-jahre-1544634#:~:text=Was%20bringt%20der%20Vertrag%20mit%20sich%20bringen%20kann,da%20Reisen%20ist%20unkomplizierter%20geworden.>
2. <https://www.bundeskanzleramt.gv.at/agenda/die-europaeische-union/geschichte-der-eu.html#:~:text=Der%201993%20in%20Kraft%20getretene,gegner%20und%20die%20Unionsb%3BCrgerschaft%20eingef%3BChrt.>
3. <https://www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/recht-az/323714/maastricht-kriterien/>
4. https://de.wikipedia.org/wiki/Vertrag_von_Maastricht

Maastricht Vertrag

Der Vertrag von Maastricht wurde im Februar 1992 unterzeichnet und trat im November 1993 in Kraft. Er stellt einen Meilenstein im europäischen Einigungsprozess dar.

Der Grundstein für die heutige Europäische Union wurde zwar bereits 1952 mit den Pariser Verträgen gelegt, die Maastricht-Verträge gelten jedoch als offizielle Gründung. In ihnen ist die zukünftige Zusammenarbeit in drei Säulen festgelegt: Europäische Gemeinschaften (EG), Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz und Inneres.

Es wurden ebenso Regeln für die Verschuldung eines Staates aufgestellt. So besagen die Maastricht-Kriterien unter anderem, dass die Gesamtverschuldung höchstens 60 Prozent des Bruttosozialprodukts, und die jährliche Neuverschuldung höchstens drei Prozent betragen darf.

Besonders seit der Finanzkrise 2008 liegen jedoch viele Euro-Staaten über diesen Werten. Im Durchschnitt liegen die Gesamtschulden der EU-Mitgliedstaaten bei 90,1 Prozent.

Carolin Hölper



Investitionen in die Zukunft: Welche Vorteile können dadurch entstehen?

Investitionen, deren Nutzen sich erst in Zukunft auszahlen würde, wurden bisher oft vom Staat gekürzt, um den gegenwärtigen Finanzspielraum zu erweitern [1]. Dabei sind sie essenziell, um langfristig die deutsche Wirtschaftsleistung zu sichern und zu steigern. Zwar gibt es laut einem Artikel des Wirtschaftsdienstes keine klaren Hinweise darauf, dass notwendige öffentliche Investitionen durch die Schuldenbremse behindert werden [2], jedoch berichten auch viele Medien, dass der Staat verstärkt Konsumschulden aufnimmt [3]. Diese Schulden gefährden zukünftige Generationen, da die Rückzahlung ohne Investitionen schwieriger wird.

Investitionen sollten nachhaltig sowohl im ökonomischen, aber auch im sozialen und ökologischen Bereich etwas verbessern. Nur so kann eine lebenswerte Zukunft für zukünftige Generationen ermöglicht werden [4].

Laut einer gemeinsamen Studie des IMK und des Instituts der deutschen Wirtschaft besteht in Deutschland ein großer Investitionsbedarf, besonders in den Kommunen, um den Investitionsstau aufzuheben und Fortschritte bei den Herausforderungen vor Ort zu erzielen. Welche gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Herausforderungen noch zu hohen Staatsausgaben führen, können Sie in dem gleichnamigen Artikel auf Seite 3 nachlesen. Fakt ist, eine Innovationsoffensive könnte Deutschland wirtschaftliche Vorteile über Jahrzehnte bringen [5].

Doch welche Vorteile bieten Investitionen in konkreten Bereichen?

Investitionen in die Infrastruktur, beispielsweise Verkehrswege und öffentliche Verkehrsmittel, verbessern langfristig die Verkehrsanbindung und reduzieren Emissionen. Deutschland verfügt über eine der besten Verkehrsinfrastrukturen weltweit darunter das längste Schienennetz in Europa. Dieses Potential muss durch gezielte Investitionen gesichert und ausgebaut werden, etwa um durch verbesserte Schienen schnellere Züge zu ermöglichen [6].

Auch die technologische Infrastruktur, wie zum Beispiel das Telefonnetz, benötigt dringend Modernisierung. In der bereits erwähnten Studie des IMK und des Institut für deutsche Wirtschaft gaben zwei Drittel der Unternehmen an, dass Geschäftsabläufe durch Infrastrukturprobleme beeinträchtigt werden. Investitionen in diesem Bereich könnten Prozesse optimieren, Kosten senken und eine bessere Ressourcennutzung ermöglichen. Dies stärkt nicht nur die einzelnen Unternehmen, sondern kann die gesamte Wirtschaft nachhaltig antreiben und die Wettbewerbsfähigkeit fortwährend sicherstellen [7].

Investitionen in Bildung bieten erhebliche Vorteile: Sie ermöglichen es, dass heranwachsende Generationen lernen, wie man effizient Probleme löst, was zu höherer Produktivität und einem Ausgleich des Arbeitskräftemangels führen kann. Unternehmen profitieren von einer besseren Verfügbarkeit qualifizierter Arbeitskräfte und einem höheren Innovationsgrad. Bessere Bildung bringt dadurch nicht nur soziale Vorteile, sondern ist auch ein zentraler Faktor für wirtschaftliches Wachstum [8].

Investitionen in den Klima- und Naturschutz sind entscheidend, um eine lebenswerte Umwelt für kommende Generationen zu bewahren. Der Schutz von Ökosystemen und der Artenvielfalt kann auch die regionale Wirtschaft stärken, da laut einem Artikel des Bundes investierte Gelder meist zu zwei Drittel in der Region bleiben und dort die regionale Wirtschaft stärken [9]. Darüber hinaus könnten durch Investitionen in erneuerbare Energien vermehrt Unternehmen darauf umsteigen, was langfristig Kosten senken und die Energieversorgung unabhängiger machen könnte [10]. Es entstehen neue Arbeitsplätze, und Risiken und Folgekosten von Naturkatastrophen könnten durch präventive Maßnahmen deutlich reduziert werden.

Investitionen sind der Schlüssel zu einer nachhaltigen und zukunftsfähigen Entwicklung. sie schaffen nicht nur Handlungsspielräume für kommende Generationen, sondern sichern auch Deutschlands wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit. Heute zu investieren schafft eine lebenswerte Zukunft und vermeidet Folgen nicht geschehener Investitionen.

von Kristin Hüsken - 15.12.2024

- [1] <https://www.ifo.de/stellungnahme/2024-01-01/ifo-standpunkt-255-zur-zukunft-der-deutschen-schuldenbremse> zuletzt aufgerufen: 14.12.24 [
- 2] <https://www.wirtschaftsdienst.eu/inhalt/jahr/2019/heft/5/beitrag/schuldenbremse-investitionshemmnis-oder-vorbild-fuer-europa.html#footnote-083> zuletzt aufgerufen: 07.12.24
- [3] <https://www.tagesspiegel.de/wirtschaft/deutschland-in-der-haushaltskrise-hat-die-schuldenbremse> e-eine-zukunft-10874098.html zuletzt aufgerufen: 07.12.24
- [4] <https://personaldienst-online.de/vorteile-durch-infrastrukturmodernisierung-in-deutschland/> zuletzt aufgerufen: 11.12.24
- [5] <https://www.boeckler.de/de/boeckler-impuls-investitionen-in-infrastruktur-bildung-wohnen-18774.htm> zuletzt aufgerufen: 14.12.24
- [6] Vgl. [4]
- [7] Vgl. [4]
- [8] Vgl. [4] & [5]
- [9] <https://www.bund.net/service/presse/pressemitteilungen/detail/news/investitionen-in-natur-und-umweltschutz-staerken-bund-studie-gerade-strukturschwache-regionen-profitieren/> zuletzt aufgerufen: 13.12.24
- [10] <https://www.iwd.de/artikel/interview-investitionen-in-den-klimaschutz-koennen-auch-oekonomisch-sinnvoll-sein-517385/> zuletzt aufgerufen : 13.12.24

Dr. Andreas Mitschke - Refrent des Haushaltsausschusses im deutschen Bundestag

Was bedeutet die Generationengerechtigkeit im Kontext der Staatsverschuldung?

“Die wird natürlich immer als Argument von beiden Seiten gebracht [gemeint ist die Debatte um die Schuldenbremse]. Die, die eher für mehr Schulden plädieren, sagen: Das kommt ja auch zukünftigen Generationen zu Gute, wenn wir heute investieren (für Digitalisierung und ähnliches). Die anderen sagen, dass das Schulden sind, die irgendwann die zukünftigen Generationen zurück zahlen und dafür die Zinsen zahlen müssen. Also beide haben in ihrer Argumentation, denke ich, die zukünftigen Generationen im Blick, bewerten das aber unterschiedlich. Was man natürlich sagen muss; wir haben schon einiges an Schulden. Die Maastricht-Kriterien liegen ja bei 60% und da liegen wir knapp drüber. Und diese 60% Grenze muss man auch beachten. Das ist die zulässige Obergrenze.

Besser wäre es, man wäre bei 50 oder 40%. Wir sind schon über der Grenze und andere Eurostaaten deutlich drüber. Das heißt natürlich wir haben in Deutschland und der Eurozone insgesamt eine Überschreitung der Maastrichtgrenzen und damit auch eine entsprechende Zukunftsbelastung für zukünftige Generationen. Wo manche natürlich sagen: Wird das überhaupt jemals getilgt? Oder wird das nicht sowieso dauernd refinanziert, also prolongiert. Der Punkt ist aber, dass auch immer die Zinsen gezahlt werden müssen und wenn die Schulden immer leicht weiter ansteigen, kann das ein kritischer Punkt werden. Auch für die Zukunft und die zukünftigen Generationen. Wir zahlen heute etwa rund 40 Milliarden Euro im Jahr an Zinsen als Bund. Nur der Bund, der Gesamtstaat zahlt natürlich mehr. Würden wir jetzt die Schulden weiter erhöhen, steigen auch die Zinssätze, weil der Kapitalmarkt höhere Zinsen fordert, wenn man höher verschuldet ist.

Das heißt, man kann dann recht schnell, innerhalb von wenigen Jahren, auch mal bei 50, 60, 70 Milliarden Euro Zinskosten im Jahr liegen. Und wenn man dann mal vielleicht Jahre hat, wo die Kapitalmarktzinsen generell sehr stark ansteigen, das hatten wir auch in den letzten Jahren. Dann kommt das auch nochmal oben drauf und es kann schonmal eine Regierung kommen, mit Zinskosten, die sehr unangenehm sind. Wo man dann woanders im Haushalt ganz starke Einschnitte machen müsste oder man würde Schulden aufnehmen müsste, um die Zinsen zu bezahlen. Wir sind eh schon über der Maastrichtgrenze, eigentlich dürften wir gar keine weiteren Schulden aufnehmen.”

Welche Bedeutung hat die Generationengerechtigkeit im Kontext von Staatsverschuldung? Wie sollte Ihrer Meinung nach ein gerechter Ausgleich zwischen dem heutigen Investitionsbedarf und der Verantwortung für kommende Generationen aussehen?

“Grundsätzlich halten wir Leitplanken für die Verschuldung von Staatsaufgaben für gut und richtig. Sie sorgen dafür, dass heute nicht auf Kosten der jungen Generationen zu viel Geld ausgegeben wird. In ihrer aktuellen Form verhindert die Schuldenbremse aber Investitionen in die Zukunft und damit auch in die Zukunft der folgenden Generationen. Mit den oben ausgeführten Investitionen in unsere Bildung und Infrastruktur erhalten wir unseren Wohlstand und sorgen dafür, dass auch die heute jungen Generationen morgen in einem modernen und finanzstarken Staat leben.”



(C) Stefan Kaminski

„Mein Name ist Anne Monika Spallek. [...] Seit 2015 bin ich Mitglied bei den Grünen in Billerbeck und im Herbst 2021 bin ich erstmalig in den Bundestag eingezogen. Dort bin ich ordentliches Mitglied des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft sowie stellvertretendes Mitglied in den Ausschüssen Wirtschaft sowie Bauen und Wohnen. [...]“

Schulden im Blick: Rätsel rund um Staatsfinanzen

Worträtsel:

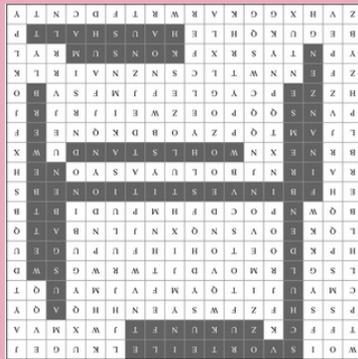
Ich bin geplant,
doch selten
genau,
Bin oft zu groß,
das weiß man
genau.
Man kürzt, man
streicht, doch
bleibt es ein Ziel,
Ohne mich fehlt
dem Staat das
Spiel.

Wer bin ich?

Lösung: der
Bundeshaushalt

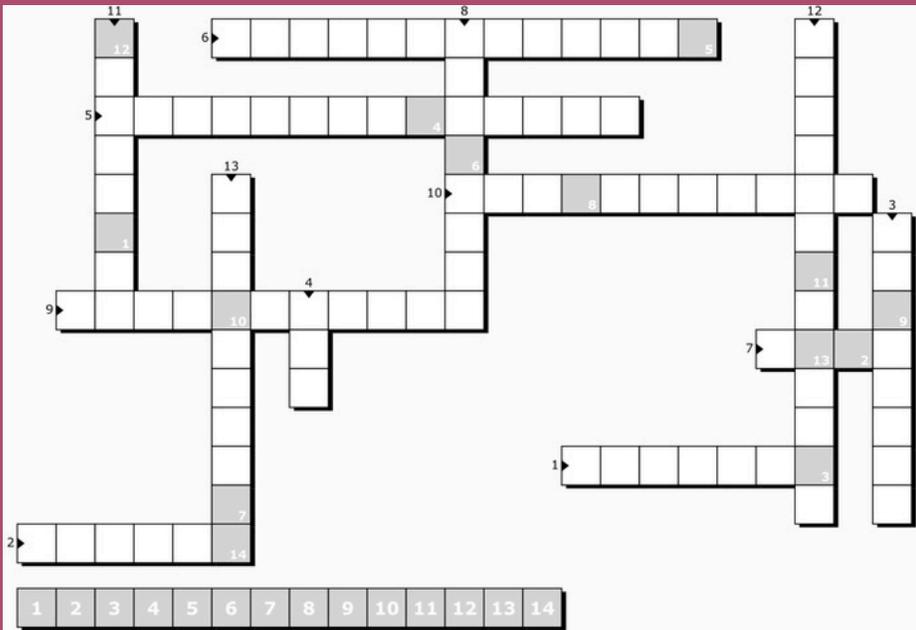
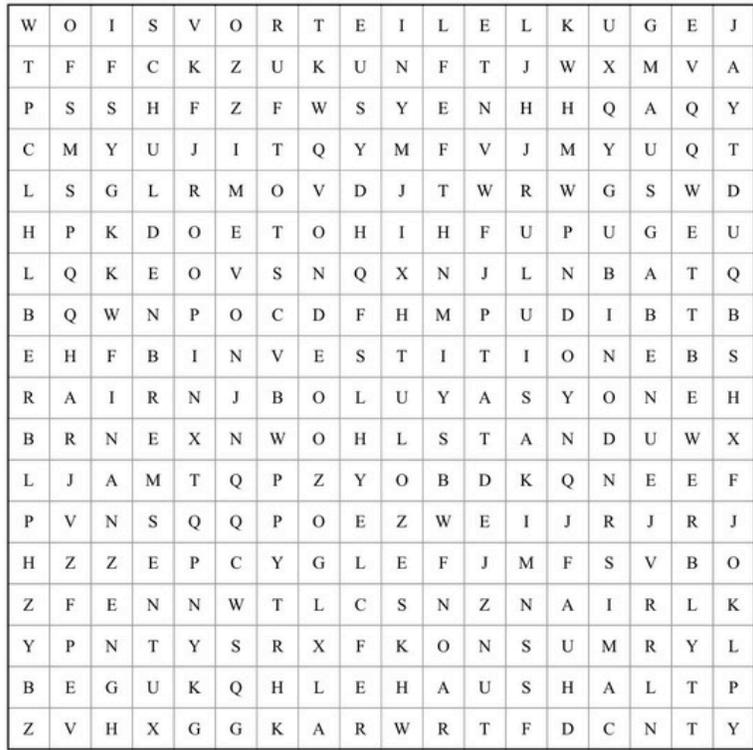
Diese Wörter sind versteckt:

1. Schuldenbremse
2. Wettbewerb
3. Zukunft
4. Haushalt
5. Konsum
6. Investition
7. Finanzen
8. Ausgaben
9. Wohlstand
10. Vorteile



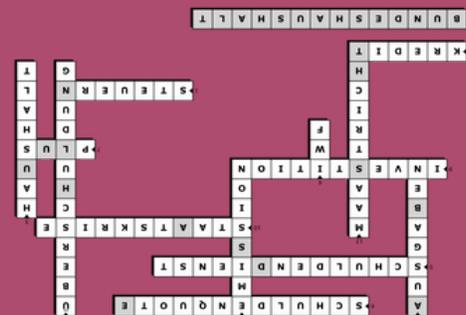
Lösungen:

Schulden Suchsel

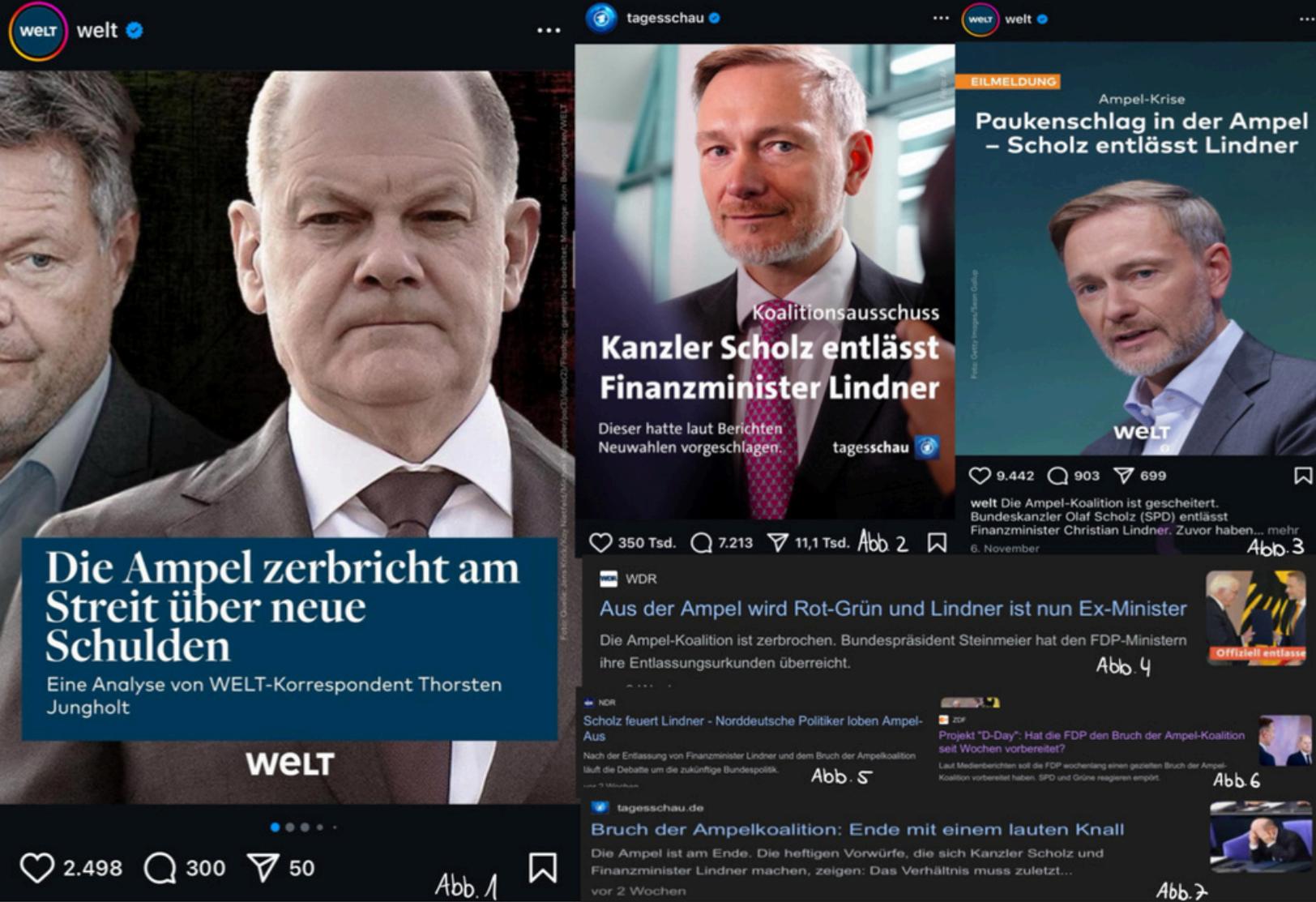


1. Ein wichtiger Einnahmeposten des Staates, der von Bürgern gezahlt wird.
2. Der Begriff für das Verleihen von Geld an den Staat durch Bürger oder Investoren.
3. Die Gesamtheit alle geplanten Einnahmen und Ausgaben eines Staates.
4. Ein internationales Finanzinstitut, das oft hochverschuldeten Staaten hilft.
5. Der Teil des Haushalts, der zur Rückzahlung von Schulden verwendet wird.
6. Begriff für das Verhältnis von Schulden eines Staates zu seiner Wirtschaftsleistung.

7. Wenn ein Staat weniger ausgibt, als er einnimmt.
8. Der Fachbegriff für die Ausgaben von Staatsanleihen zur Finanzierung von Schulden.
9. Eine von vielen Ausgaben eines Staates, z.B. Bildung.
10. Eine Krise, die entstehen kann, wenn ein Staat seine Schulden nicht mehr bedienen kann.
11. Eine Maßnahme, um ein Defizit zu verringern: _____ senken
12. Ein Synonym für „Verschuldung“, wenn eine Einzelperson oder ein Staat zu viel geliehen hat.
13. Ein europäischer Vertrag, der die Verschuldung von Staaten begrenzt.



Lösungen:



LINDNER'S ENTTLASSUNG

Quellen:

- Abb. 1: Instagram, „WELT“, Beitrag veröffentlicht am 7.11.2024, zuletzt aufgerufen am 24.11.2024
- Abb. 2: Instagram, „tagesschau“, Beitrag veröffentlicht am 6.11.2024, zuletzt aufgerufen am 24.11.2024
- Abb. 3: Instagram, „WELT“, Beitrag veröffentlicht am 6.11.2024, zuletzt aufgerufen am 24.11.2024
- Abb. 4: <https://www1.wdr.de/nachrichten/ampel-koalition-vertrauensfrage-neuwahlen-scholz-habeck-lindner-100.html>, Beitrag vom 7.11.2024, zuletzt aufgerufen 24.11.2024
- Abb. 5: <https://www.ndr.de/nachrichten/info/Scholz-feuert-Lindner-Norddeutsche-Politiker-loben-Ampel-Aus.ampelaus100.html>, Beitrag vom 7.11.2024, zuletzt aufgerufen am 24.11.2024
- Abb. 6: <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/deutschland/fdp-ampel-bruch-vorbereitung-100.html>, Beitrag vom 16.11.2024, zuletzt aufgerufen am 24.11.2024
- Abb. 7: <https://www.tagesschau.de/inland/ampel-aus-100.html>, Beitrag vom 7.11.2024, zuletzt aufgerufen am 24.11.2024

Text enthält Informationen von folgenden Quellen:
<https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/schuldenbremse-streit-100.html>, Beitrag vom 10.08.2023/
<https://www.tagesschau.de/inland/ampel-aus-100.html>, Beitrag vom 7.11.2024/
<https://www.morgenpost.de/politik/article405242077/schuldenbremse-erklaert-christian-lindner-ampel-koalition-bruch-grund.html>, Beitrag vom 7.11.2024 - alles zuletzt am 24.11.2024 aufgerufen

6.11.2024: Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) entlässt Finanzminister Christian Lindner (SPD) nach einem dramatischen Treffen der Koalitionsspitzen.

Die Ampel-Koalition aus SPD, Grünen und FDP sei vor allem an der Schuldenpolitik zerbrochen. Scholz habe von Lindner verlangt die Schuldenbremse auszusetzen, um Geld vor allem in soziale Projekte und Klimaschutz zu investieren. Bundesfinanzminister Lindner wollte weiterhin an der Schuldenbremse festhalten, einer Regel die im Grundgesetz verankert ist, um die wirtschaftliche Handlungsfähigkeit von Deutschland weiter zu gewährleisten und um seinen Amtseid als Finanzminister nicht zu verletzen.

Um Deutschland zukunftsfähig zu machen, müsse jedoch in Klimaschutz, Bildung, Landesverteidigung und vieles mehr investiert werden. Dafür müsse jedoch die Schuldenbremse ausgesetzt werden. Schulden auf sich nehmen und investieren oder an der Schuldenbremse festhalten, um Deutschland vor der Verschuldung zu schützen?

Diese Frage spitzte sich in der Ampelkoalition immer weiter zu, FDP, SPD und die Grünen konnten keine Einigung mehr finden. Die Gegensätze zwischen FDP und SPD & Grünen waren unüberbrückbar - die Koalition zerbrach.

Von Dana Schmidt

Auswirkungen auf den Bundeshaushalt?

Die Entlassung von Christian Lindner hat weitreichende Konsequenzen für die Zukunft des Bundeshaushalts und die politische Stabilität Deutschlands. Kurzfristig steht die Bundesregierung vor der Herausforderung, das milliarden schwere Haushaltsdefizit zu schließen und dringend notwendige Investitionen in Klimaschutz, Infrastruktur und soziale Projekte zu sichern.

Ohne eine klare Führung im Finanzministerium wird es schwierig, den Haushalt 2025 rechtzeitig zu verabschieden. Verzögerungen könnten dazu führen, dass geplante Investitionen ins Stocken geraten, darunter Infrastrukturprojekte und Förderungen für die Energiewende. Zudem wird erwartet, dass der Streit über die Schuldenbremse erneut aufflammt: Während die SPD und Grünen eine Lockerung für Investitionen fordern, bleibt unklar, ob ein zukünftiger Finanzminister die strikte Haushaltsdisziplin Lindners fortsetzen wird. [1] [2]

Die Unsicherheit um die finanzpolitische Ausrichtung könnte zudem das Vertrauen von Investoren und Unternehmen beeinträchtigen. Gleichzeitig könnte die Regierung Schwierigkeiten haben, soziale Reformen wie die Kindergrundsicherung oder das Bürgergeld umzusetzen. Kritiker befürchten, dass eine instabile Haushaltspolitik das Wachstum hemmen und die Inflation anheizen könnte, während Anhänger eines flexibleren Haushalts mehr Spielraum für die Bewältigung aktueller Herausforderungen wie die Klimakrise sehen. [3] [2]

Der Bruch zwischen Scholz und Lindner markiert einen Wendepunkt für die deutsche Finanzpolitik. Kurzfristig wird die Regierung bemüht sein, Stabilität zu sichern und den Haushalt 2025 zu verabschieden. Langfristig könnte dies jedoch den Spielraum für eine modernere und flexiblere Finanzpolitik öffnen. Die kommenden Monate werden entscheidend sein, um das Vertrauen in die Regierungsarbeit wiederherzustellen und die Weichen für eine nachhaltige finanzielle und politische Zukunft zu stellen.

Von Franka Bechatzek - 25.11.2024

Quellen (25.11.2024):

[1] „Opposition lässt kein gutes Haar am Haushalt – Auch Lindner nicht ganz zufrieden.“ Berliner Tagesblatt, 10. September 2024. Verfügbar unter: <https://www.berlinertageblatt.de/Politik/373120-opposition-laesst-kein-gutes-haar-am-haushalt-auch-lindner-nicht-ganz-zufrieden.html>

[2] der Ampelkoalition in Deutschland 2024.“ In: Wikipedia, Die freie Enzyklopädie. Stand: 25. November 2024. Verfügbar unter: https://de.wikipedia.org/wiki/Bruch_der_Ampelkoalition_in_Deutschland_2024

[3] „Lindner im Finanzministerium: Der Minister feuert seine Spitzenbeamtin.“ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 22. November 2024. Verfügbar unter: <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/olaf-scholz-entlaesst-christian-lindner-die-rede-im-wortlaut-110094995.html>

Schuldenuhr

Die Staatsverschuldung in Deutschland ist in den letzten Jahrzehnten stark angestiegen. Um die Öffentlichkeit über die steigenden Schulden zu informieren, wurde die Schuldenuhr 1995 vom Bund der deutschen Steuerzahler in Berlin errichtet. Sie zeigt unter anderem die Verschuldung pro Kopf und die Veränderung der Schulden pro Sekunde.

Die Errichtung der Schuldenuhr markiert den Anfang einer Kampagne für den Neuverschuldungsstopp. Unter dem Slogan "Kinder haften für ihre Eltern" wurde erstmals mit breiter öffentlicher Unterstützung gegen den hohen Schuldenberg Deutschlands protestiert. Die Antwort darauf stellte die 2009 im Grundgesetz fixierte Schuldenbremse dar.

Heute befindet sich die Schuldenuhr frei zugänglich in der Nähe des Reichstages und symbolisiert noch immer die öffentliche Debatte um die Haushaltspolitik.

Von Carolin Hölper

Quellen (24.11.24):

- <https://steuerzahler.de/aktion-position/staatsverschuldung/dieschuldenuhrdeutschlands/?L=0>
- https://www.steuerzahler-service.de/info_schuldenuhr



Fazit: Eine ausgewogene Lösung für die Schuldenfrage

Die Auseinandersetzung mit dem Thema Staatsverschuldung zeigt, dass diese weit mehr ist als nur eine Zahl im Bundeshaushalt. Sie spiegelt die Prioritäten einer Gesellschaft wider und bestimmt maßgeblich, wie zukunftsfähig ein Land ist. Als Schülerinnen haben wir erkannt, dass es keine einfachen Antworten auf die Frage nach „guten“ und „schlechten“ Schulden gibt – vielmehr ist es eine Frage der Perspektive und Abwägung.

Durch die Recherche und Beschäftigung mit den Inhalten wurde klar, dass Investitionen in Bildung, Klimaschutz und Infrastruktur essenziell sind, um zukünftige Generationen zu stärken und den Wohlstand langfristig zu sichern. Die Schuldenbremse, so wichtig sie für die finanzielle Disziplin ist, stellt in ihrer aktuellen Form jedoch oft ein Hindernis für notwendige Zukunftsinvestitionen dar. Sie zwingt uns dazu, zwischen kurzfristiger Haushaltsstabilität und langfristiger Wettbewerbsfähigkeit zu entscheiden.

Besonders beeindruckend fanden wir, wie stark das Thema von den Bedürfnissen und Prioritäten der Generationen abhängt. Während ältere Generationen vor allem Stabilität und Sicherheit fordern, drängen jüngere auf Wandel und Nachhaltigkeit. Diese Spannungen verdeutlichen, dass eine gerechte Finanzpolitik immer auch eine Frage der Generationengerechtigkeit ist. Die Stimmen von Politikerinnen wie Anne Monika Spallek und Experten, die eine Modernisierung der Schuldenbremse vorschlagen, haben uns gezeigt, dass Flexibilität und klare Regeln sich nicht ausschließen müssen.

Aus unserer Sicht sollte die deutsche Finanzpolitik einen Mittelweg wählen: gezielte Investitionen, die langfristig Wachstum und Stabilität fördern, aber gleichzeitig eine klare Begrenzung der Gesamtverschuldung sicherstellen. Es ist wichtig, dass wir heute Verantwortung übernehmen – sowohl für die Herausforderungen der Gegenwart als auch für die Chancen der Zukunft.

